

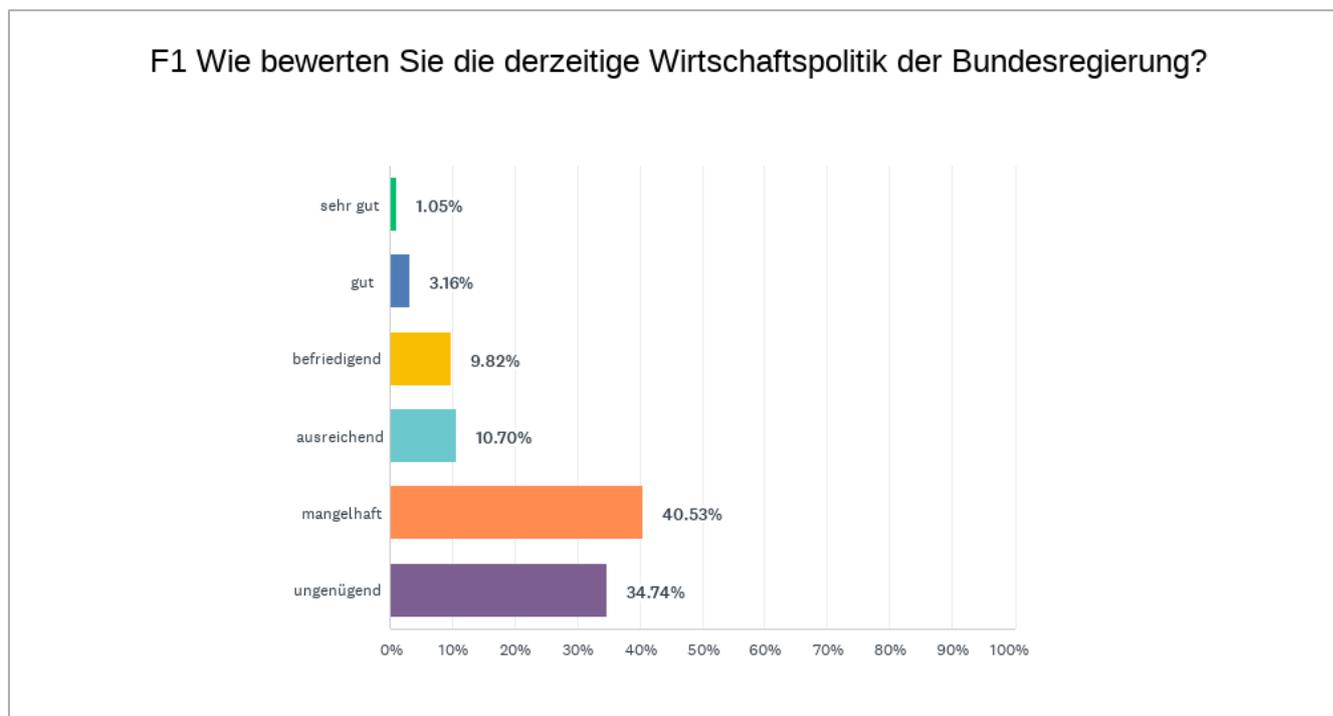
Auswertung BDS-Kurzumfrage zur politischen Situation

- Umfragezeitraum: 24.01. – 29.01.2024
- Rückmeldung/Teilnehmende: 570

1. Die Ergebnisse im Überblick

1.1. Bewertung derzeitige Wirtschaftspolitik der Bundesregierung

Bei der Bewertung der aktuellen Wirtschaftspolitik erhält die Bundesregierung eine durchschnittliche Note von 4,9. Mehr als 75 Prozent bescheinigen der Arbeit lediglich ein „mangelhaft“ bzw. ein „ungenügend“ (40,5 % mangelhaft, 37,7 % ungenügend).



1.2. Bewertung derzeitige Wirtschaftspolitik der Baden-Württembergischen Landesregierung

Etwas besser schneidet die wirtschaftspolitische Arbeit der Landesregierung BW ab. Mit einem Durchschnitt von 4,2 zeigten sich die Teilnehmenden zumindest etwas zufriedener damit als mit der Bundesregierung. Dabei gaben rund 23 Prozent ein „befriedigend“ ab, und rund 45 Prozent sahen die Arbeit als „mangelhaft“ bzw. „ungenügend“ an (31,2 % mangelhaft, 13,8 % ungenügend).



1.3. Im Januar finden/fanden zahlreiche Streik- und Protestaktionen von Landwirten und Unternehmern statt. Wie beurteilen Sie diese Aktionen?

Eine deutliche Mehrheit mit rund 65 Prozent der Teilnehmenden befürwortet zum Zeitpunkt der Umfrage die Streik- und Protestaktionen und sieht diese als dringend notwendig an. Lediglich 5 Prozent erachten diese als unnötig bzw. rund 17 Prozent als überzogen.

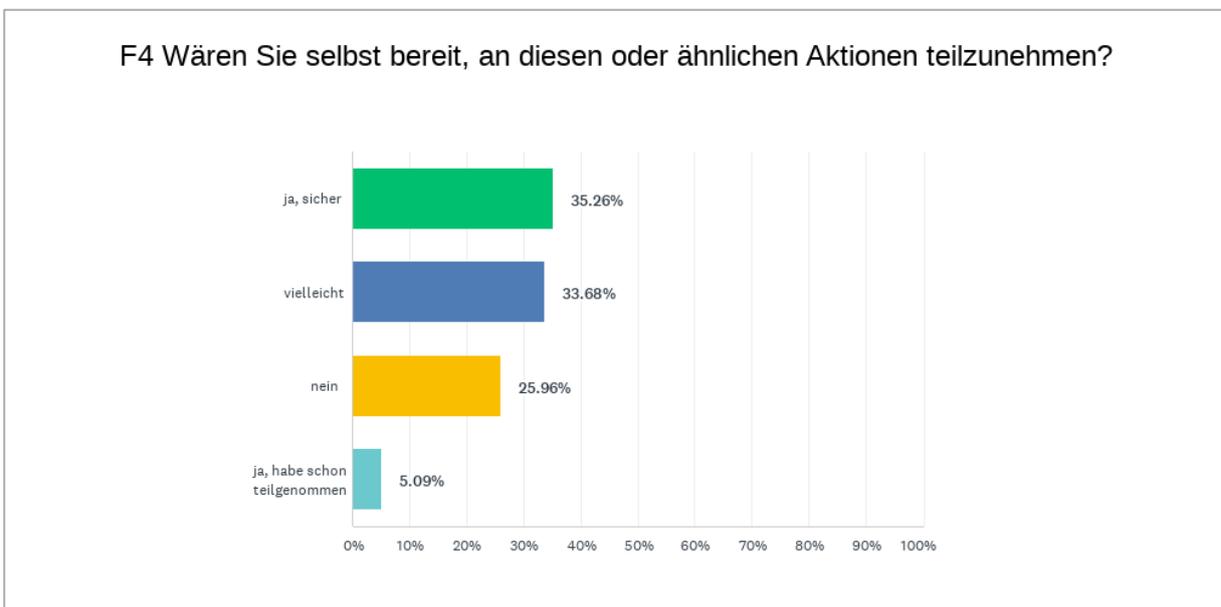


In den Kommentaren wird jedoch auch deutlich, dass die Meinung zu den Protestaktionen der Landwirte sehr geteilt ist. Protestaktionen werden für die allgemeine Situation durchaus befürwortet, aber für die landwirtschaftliche Situation als weniger notwendig erachtet. „Aufrütteln der Politik in Sachen überzogener Bürokratie, Vorschriften, etc. war sehr hilfreich“, ...notwendig, um von der Bundespolitik ernst genommen zu werden“, das sind nur einige der Aussagen.



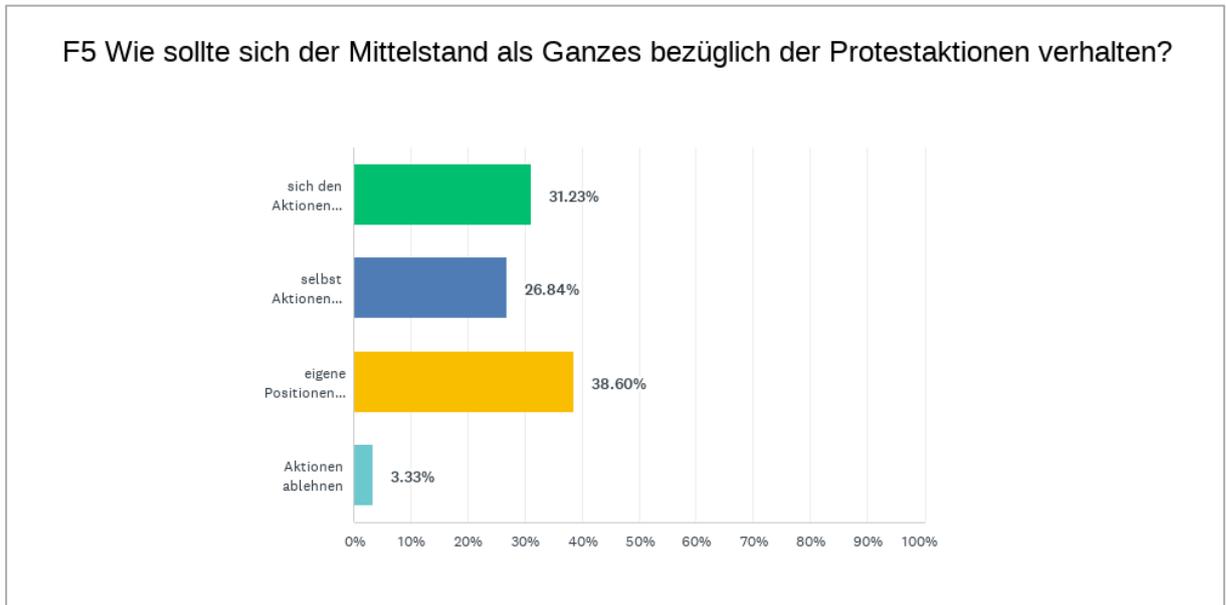
1.4. Wären Sie selbst bereit, an diesen oder ähnlichen Aktionen teilzunehmen?

Lediglich ¼ der teilnehmenden Befragten würden nicht mitmachen. Somit zeigt sich eine deutliche Mehrheit aufgeschlossen an dieser oder ähnlichen Aktionen teilzunehmen.



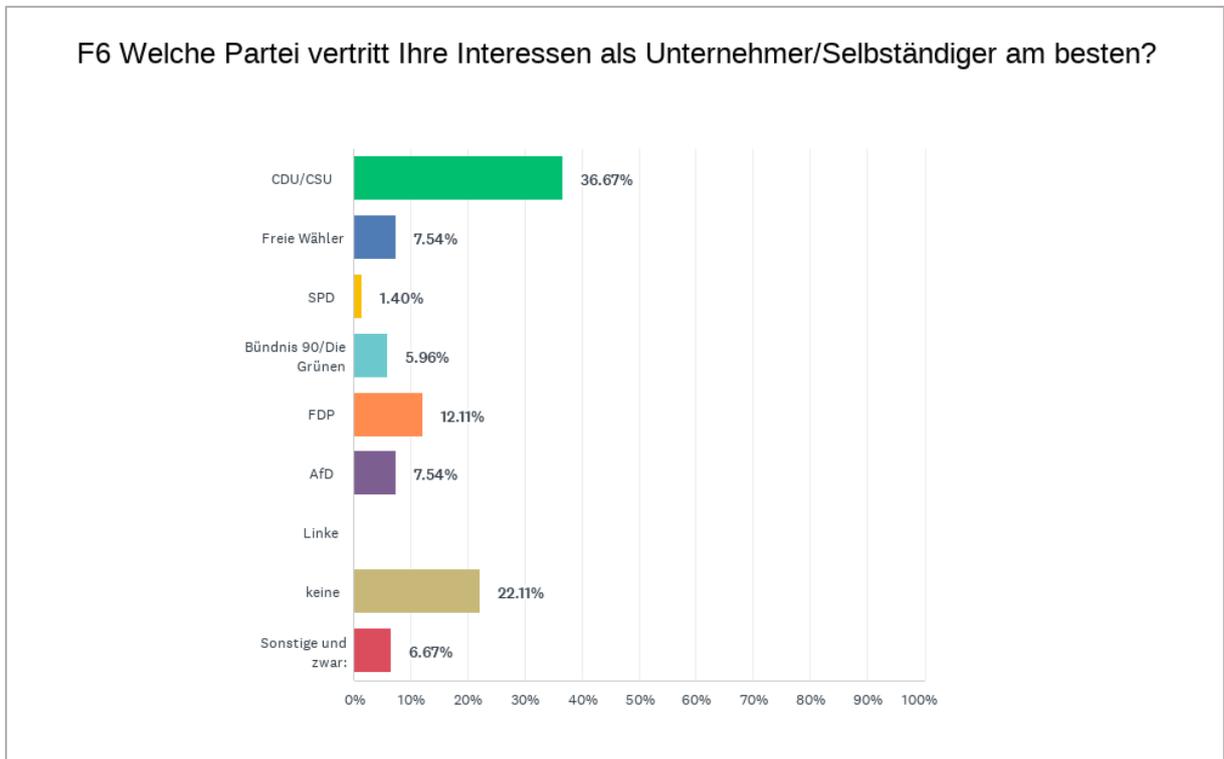
1.5. Wie sollte sich der Mittelstand als Ganzes bezüglich der Protestaktionen verhalten?

Die eigene Position ohne Demonstrationen deutlich zu machen ist mehr als 38 Prozent der Umfrageteilnehmer wichtig. Zudem würde sich jeder Dritte den Aktionen anschließen und auch selbst Aktionen organisieren.



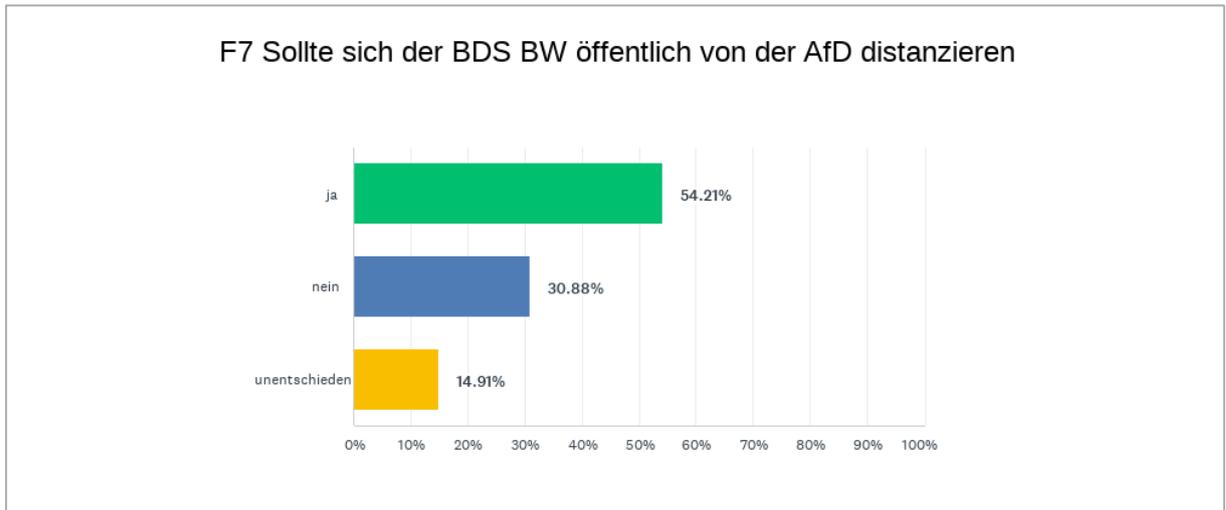
1.6. Welche Partei vertritt Ihre Interessen als Unternehmer/Selbständiger am besten?

Mit knapp 37 Prozent ist der Abstand der CDU/CSU zu den anderen Parteien als Interessensvertretung für Unternehmer / Selbständige sehr groß. An zweiter Stelle rangiert die FDP mit 12 Prozent der Stimmen. Jedoch sind rund 22 Prozent der Meinung, dass keine der Parteien ihre Interessen vertreten kann.



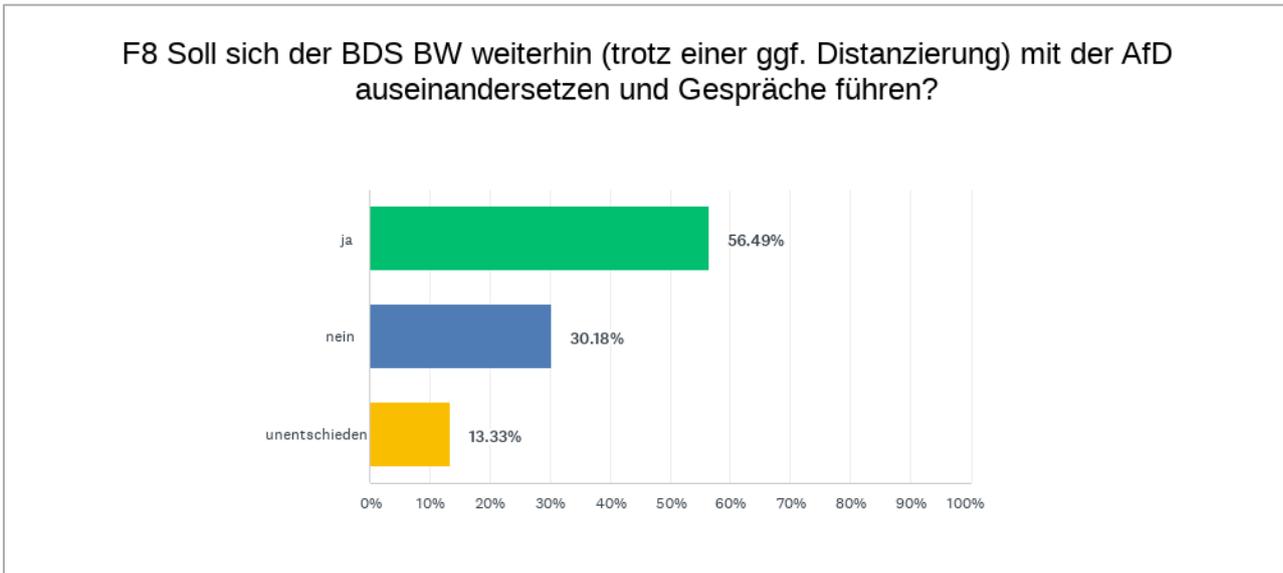
1.7. Sollte sich der BDS BW öffentlich von der AfD distanzieren?

Mehr als die Hälfte stimmt dieser Aussage zu. Ein klares Votum dafür.



1.8. Soll sich der BDS BW weiterhin (trotz einer ggf. Distanzierung) mit der AfD auseinandersetzen und Gespräche führen?

Trotz einer Distanzierung von der AfD stimmen die Teilnehmenden mehrheitlich für die Gesprächsführung mit der AfD. Begründet wird dies damit, dass die Partei demokratisch gewählt wurde und eine inhaltliche Auseinandersetzung daher wichtig ist. Auf der anderen Seite wird in den Kommentaren deutlich, dass zu differenzieren ist zwischen Auseinandersetzen und Gespräche führen. Erstes wird durchaus gefordert, wohingegen Gespräche eher verneint werden.



2. Fazit

Aus der Umfrage ist deutlich der Auftrag an den BDS BW abzuleiten, Aktionen zur Positionierung durchzuführen. Diese sollten jedoch den Belangen aller Unternehmer / Selbständigen zugutekommen und nicht einzelne Branchen bevorteilen. Wichtig ist eine klare Positionierung des Landesverbandes, wobei festzuhalten bleibt, dass dieser per se parteineutral, aber durchaus politisch aktiv ist. Das heißt, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Programmen der Parteien und damit auch mit der AfD ist durchaus gewünscht. „Auseinandersetzen“ ist gefordert, aber mit einer klaren Distanzierung von der Partei. Bei der Debatte, ob weiterhin mit der AfD gesprochen werden soll, gehen die Meinungen weit auseinander. Am stärksten sind zusammengefasst zwei Tenore: „Gespräche ja, da demokratisch gewählte Partei, die nicht unerhebliche Teile der Wählerschaft repräsentiert“ und „Keine Gespräche mit Rechtsextremisten bzw. Nazis / Partei darf nicht mit uns in Verbindung gebracht werden“.